

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimonatlicher... 12 2/3 M., auch die Post 22 2/3 M.

Morgen-Ausgabe.

Naale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf.

Nr. 509.

Halle, Sonnabend, den 30. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Simons über die auswärtige Politik.

Ein Flugverbot an die Kumpelwerke. — Der Fall Hermes vor dem Reichstags-Hauptauschuß. — Ein monarchistischer Putschplan in Sachsen. — Die Moskauer Regierung vor dem Sturz. — Die Danziger Verfassungsfrage an den Völkerbund verwiesen.

Die Ackerbaugesellschaft.

(Zum Fall Augustin.)

Von gut unterrichtet Seite wird der „Dona“ geschrieben: Von der Ackerbaugesellschaft ist in der letzten Zeit mehrfach im Zusammenhang mit dem Fall Hermes-Augustin die Rede gewesen; einige zu lässliche Mitteilungen über diese Äußerungen haben von alledem Interesse sein.

Reichstagsminister Selma Bericht über die Unternehmung, die er gemeinschaftlich mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Ministerium des Reichs über die Geschäftsbahnen des Reichs Hermes anstellt hatte.

Zur Korridorfrage.

Die Reichstagskonferenz hat die Danziger Delegation auf ihr Ersuchen ermächtigt, zwei Vertreter, die an den Verhandlungen in betretender Eigenschaft teilnehmen dürfen, zur deutsch-polnischen Korridorfrage zu entsenden.

Ein monarchistischer Putschplan in Sachsen.

Zu den in der Presse in den letzten Tagen über die Frage in Sachsen gemachten Mitteilungen verweist die „Danziger Volkszeitung“ heute in einem Protokoll, aus dem hervorgeht, daß sich am 1. in Leipzig bereits Mitte Juli eine geheime militärische Organisation unter dem Namen „Deutscher Front“ zum Schutze des nationalen Bürgerrechts gebildet hat.

Die Moskauer Regierung vor dem Sturz?

Auch die „Daily News“ verweist auf die Sowjetregierung unangenehme Gerüchte aus Moskau. Das Blatt zitiert die in London erscheinende russische Zeitung „Sowjet“, die als zuverlässige Quelle anführt, daß ein Umsturz unmittelbar bevorstehe.

Danzig.

Die Frage der Danziger Verfassung hat bei der Äußerung der in letzter Sitzung in Berlin an den Völkerbund vorgetragenen in Genf vertrieben. Der sächsische Vertreter Jahn, der Bericht über die Danziger Verfassung erstattete, erklärte es wegen der großen Schwierigkeiten und der ungenügenden Meinungsverständnisse für unmöglich, die Frage jetzt schon zur Entscheidung zu bringen.

Das Uebereinkommen im englischen Bergarbeiterstreit.

Das zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern abgeschlossene Uebereinkommen weist folgende Punkte auf: Der Verband der Grubenbesitzer und der Bund der Bergleute verpflichten sich, zusammen zu arbeiten und alles zu tun, was die Arbeiter für eine Verbesserung ihrer Lage zu tun wünschen.

Die internationale Entspannung.

Der schweizerische Bundespräsident Motta erklärte einem Korrespondenten des „Süddeutschen“ die von Italien und England befolgte Politik der internationalen Entspannung habe den Beifall des

Schweizer Volkes. Die gegen die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund gerichtete Ablehnung der schwedischen Delegierten auf dem Kongreß der Völkerbundvereinigungen habe nicht die Ansicht des Schweizer Volkes und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung, Freitag, 29. Oktober, 12 Uhr. Vizepräsident Wolf eröffnet die Sitzung. Abg. Bauer (D. Vpt.) verliest eine auf die ungenügende Vorbereitung des Reichstags im Hinblick auf die Reichstagsperiode im Jahre 1921 gerichtete Eingabe an den Reichspräsidenten.

Ein Ministerialkommissionar erwirbt, daß unter Einspruch dagegen kein beantragt werden soll, daß ihm aus militärischen Gründen nicht nachgegeben werden könne.

Ein Ministerialkommissionar erwirbt, die Regierung habe den Reichspräsidenten bei der Rheinlandkommission angewiesen, Protest zu erheben und die Aufhebung der Beschlüsse zu fordern. Deswegen ist die deutsche Friedensdelegation in Paris beauftragt worden, Einspruch zu erheben.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen geht das Haus zur Fortsetzung der Etat-Beratung über, mit der die Interpretation über die Dieselmotoren verbunden wird.

Minister des Auswärtigen Simons wandte sich zunächst gegen die Ausführungen des Grafen Wolff. In der Tat ist heute er auf einem anderen Boden. Erst allmählich bringe die Erkenntnis der ganzen Schwere des Friedensvertrages in unser Volk ein, daß es bisher nicht für ernst genommen habe.

Zur Frage der Dieselmotoren erklärte er, die Erzeugung der Interessententente sei berechtigt. Der betreffende Artikel des Friedensvertrages verlangt von uns den Abbruch, aber nicht die Verstärkung der Unterseeboote und gefordert ausdrücklich die Verwendung des Abbruchmaterials in der Industrie.

Ein Flugverbot an die Kumpelwerke.

Wie die „Münchener N.“ melden, teilte die internationale Anfahrts-Überwachungs-Kommission den Bannern, werden mit, daß ihre Luftschiffe in Berlin das fliegende Deutschland verlassen, bis die gegen das Flugverbot, außerfliegende Deutschland, die Beschlüsse der Kommission zum Frieden werden, die beiden Gesellschaften entgegen und die Fliegen beschließen. Die Kumpelwerke legten sofort Protest beim Reichsamt ein.

Der Fall Hermes.

Im Hauptauschuß des Reichstags begann heute Sonntag, wie die „N.“ am Mittag“ melden, bei der Beratung des Reichstags die Verhandlung des Falles Hermes. Der Vorsitzende wurde durch den Reichspräsidenten ernannt, also die Bestätigung des Autors, die Bestätigung der Dienstleistungen des Ministers, und den Fall Augustin in Verbindung zu behandeln. Einem von der Unabhängigen gestellten Antrag, einen besonderen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wurde von den Abgeordneten aller anderen Parteien widersprochen. Solange es nicht

Dieser Defektor nicht weiter ist, als ein Schmeißler, der industrielle Zwecke als einander Motor. Rechner betont dann die allgemeine Verbreitung, welche die Defektoren, namentlich angesichts der Kohlenknappheit, gefunden hätten und die Gefahr, dass eine Verstärkung dieser Motoren Arbeitsinstellungen und Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, ja ganze Industrien dem Untergange preisgeben werde.

Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten
müssen wir, soweit es uns liegt, gern verbessern. Um so erfreulicher ist es, daß England jetzt ebenfalls einen solchen Schritt getan habe, indem es von der Beschlagnahme des deutschen Kapitals Abstand nehme. Mit Italien seien ebenfalls Verhandlungen in ähnlichem Sinne geführt, die zur Freigabe von 200 Millionen Mark geführt hätten. Dagegen mit Japan, aber diese Verhandlungen hätten sich noch nicht günstig entwickelt, ebensowenig wie mit Belgien.

Gegen die Genfer Konferenz
habe sich in Frankreich großer Widerpruch erhoben und eine Auseinandersetzung mit England zur Folge gehabt, die noch heute nicht abgeschlossen ist. Wir müssen uns eben abwärts verhalten. Brieflich habe ich keine bahnbrechenden Erfolge für uns gemeldet, aber immerhin eine gewisse Annäherung gebracht und den Boden für eine Verständigung vorbereitet. Das sei ein Ergebnis. Bis das in dem Vertrag vom Grafen Werthar volles Verständnis habe. Auch England hat ein Genf feiert, weil es eine Verständigung mit Deutschland für das Nächstste hält. Wir selbst haben für Genf zur Vertretung eine Kommission gewählt und halten uns jederzeit für gerüstet. Natürlich liegt uns an einer möglichst frühen Erledigung, damit wir endlich das Maß unserer finanziellen Verfallung kennen lernen. Ueber die Beschlässe dieser Kommission wird der Reichstag noch raten werden. Vor allem brauchen wir Lebensmittelpolitik und Volkswirtschaft. Wenn die Alliierten uns wohnungsfähig sehen, so müssen sie uns zunächst die erforderlichen Mittel geben. Das Schicksal am Friedensvertrag ist, daß er den Gegnern alle Rechte gibt, uns aber nur Pflichten auferlegt. Der Völkerbund hat die Erwartungen Deutschlands sehr enttäuscht. Sollte der Völkerbund uns zum Beitritt auffordern, könnten wir ja dem entsprechen. Was hat der Einfluß des Versailles Vertrages bisher gebracht? Nicht den Frieden, kein Krieg, Unfrieden und Zersplitterung unter den Alliierten selbst. Das geht sich besonders bei der Verteilung der Beute und der Beregung der Kolonien an. Und wir hätten unsere Ansprüche auf Auslösung eines gewissen Maßstabes, denn es ist nicht zureichend, daß wir kolonialistisch uns behaupten haben. Rechner kommt jedoch auf die Belastung des Friedensvertrages zu sprechen, der Frankreich gerade die größten Vorteile erwirbt, erinnert an das Saargebiet, die Rheinprovinz und Oberlothringen und gebietet der Uebergriffe und Gewalttaten. Trotzdem herrsche der gute Wille zu einer Verständigung mit Frankreich. Mühselig Frankreich gegenüber sei er (Rechner) zu gewesen, wie Graf Werthar gemeint habe und auch den Vorkämpfer in Paris müsse er gegen diesen Vorwurf in Schutz nehmen. Die letzte französische Reiterung ist bereit, diese Wende zu beschleunigen, die zu einer Verständigung führen, wenn sie sich bereit, die Genfer Konferenz dahin auszuscheiden, daß Belgien anerkennend, so werde die Eisenbahnfrage noch lange ein Hindernis für enge Beziehungen bleiben, desgleichen die Stimmung der belgischen Bevölkerung. Mit Italien habe sich das Verhältnis sehr gebessert. Von Rußland, zu dem wir gute Beziehungen pflegen wollten, werde uns auch die Abkündigung in Kärnten nicht trennen. Mit der Türkei sei es auch ein und unsere Beziehungen normaler Art. Rechner behauptet, daß die Verhandlungen mit Polen so wenig Erfolg haben. Er betont, daß Dänzig, möge es nun polnisch oder englisch werden, nicht die Gefahr sei, sondern die Lage der Deutschen im Herzogtum. Er behauptet, daß die Genfer Verhandlungen mit Polen in Paris und Warschau, die zu einer Regelung der Eisenbahnfrage im Korridor führen sollen. Auch die Frage einer Regelung des Polens und Ostpreußen soll geregelt werden. Die Vorwürfe des Grafen Werthar gegen Oberlothringen weise er zurück. Die Reiterung sei nicht in der Lage gewesen, gegen den polnischen Unwillen Gewalt anzunehmen. Die Polen der ganzen Welt ruhen auf den oberirdischen Gruben, die wir ihnen müssen. Das Verbrechen wäre es, aus Oberlothringen einen selbständigen Staat zu machen, der bald ein Spielball aller Mächte sein würde. Deshalb werde es am besten sein, Oberlothringen eine Vertiefung zu geben, die den Zusammenhang mit Deutschland bewahrt. Gewalttätigkeiten auf polnische Seite seien an der Tagesordnung.

Was Italien betrifft, in droht der Kunde, der in Folge der Besetzung Tripolis durch die Polen unter der Hand stimmt, jeden Unwille durch ein Klopffeld zu werden. Wir werden in diesem Kampf neutral bleiben und können deshalb den Uebertritt von Mannschaften und Material über die Grenze nicht hindern. Sind wir können wir sie nicht, da wir die Landesgrenzen nicht genügend schützen können. — Was die Rußland-Hilfe Rechner feiert, daß wir uns nach den Erfahrungen der letzten Tage etwaige Vertreter oder Privatpersonen, die aus Rußland zu uns kommen wollen, etwas genauer ansehen werden. Wir werden über im Hinblick auf die neue Lage, an welchen uns über im Hinblick abwarten. Mit China sind Verhandlungen wirtschaftlich-politisch im Fortschreiten, die hoffentlich zu einem Ende führen. Auch mit Japan ist die Wiederherstellung guter Beziehungen in fortgeschrittenem Stadium. Rechner tritt dann noch den Beschlüssen der Tripartiten über die nicht genügende Berücksichtigung des katholischen Elements bei der Stellenbesetzung in Auswärtigen Amt entgegen. Er schließt: Der Deutsche muß sich auch ein Ziel über Deutschland hinaussetzen, das Ziel, die Welt für eine Fortschrittung zusammenzuführen. Der Kampf für das Gute, das wir uns auch die Welt und die Welt der Welt, wird nicht zu erwarten. Für dieses Ziel werden wir kämpfen. (Beifall.)

Abg. Stresemann (Deutsche An.) kann nicht mehr, hat Frankreich moralischen Anspruch auf unsere Mittelhilfe und behauptet, daß der Außenminister diesen Gesichtspunkt außer acht gelassen hat. Rechner kommt dann auf die Demittierungen zu sprechen, denn wir sind nicht aus dem Ausland ausgeschieden. Hier müsse das Ausmaß der Amt eingreifen. Zur Sozialfragefrage im Kohlenbergbau laute er, Kohle, Wasser und Verkehr müssen zu großen Gemeinwohlförderungen zusammengefaßt werden. Den Arbeitern können nur ein Dankschreiben nicht helfen, weil aber eine Kapitalbesetzung. Dazu kommt die Verteilung der Arbeiter an der Arbeit, die für die Sozialfrage auf der Grundlage der Sozialreformkommission sind wir nicht zu haben. Ein großer Teil unserer Finanzen werde durch die große Zahl der Finanz- und Steuerbeamten im voraus mit Beschlag belegt. Deshalb rege er an, die Beamten zur Hälfte abzulegen und Industrieunternehmen selbst mit

der Einziehung der Steuern zu befreien. Eine Verminderung unseres Wirtschaftslebens könne nur erfolgen, wenn wir selbst beschließen, Rechner warnt davor, nur die großen Vorfälle beschließen zu lassen, der industriellen Wirtschaft aber zu erschaffen, ebenso wie der privaten Wirtschaft. Jeder Versuch, zu normalisieren, sei verwerflich. In der oberirdischen Frage hätte man es gern geliebt, wenn die Regierung sich etwas entschäftiger gezeigt hätte. Warum sei A. B. sein Mann der Regierung nach Breslau gegangen und habe die Regierung begrüßt? Auch wir wollen für die aufsteigende Ostpreußen. Rechner ist bereit im Falle aufzugehen, wenn auch alle anderen Etage er dazu bereit sind. Ohne diese Zustimmung aber nicht. Der Geist von Vordamm, der gestern hier herangezogen wurde, hat uns zu Spannen und Minderheiten ertragen. Er fördert uns mehr Sympathien im Osten und Westen als der unabhängige Geist, der jetzt in Berlin herrscht. Ehrlich wolle nur Ruhe und Ordnung. Ein gewisser Geist der Kritik des Friedensvertrages schreibe sich zu geben. Wir müssen ihn unterstützen.

Abg. Crippien (U. S. D. rechts): Ueberall herrscht Panangelage gegen die Arbeiterklasse. Die Macht der Bourgeoisie scheint zu wachsen im Grunde mit der Wirtschaftsozialdemokratie, aber wir sind von Taktart und Hoffnung befreit. Das Reichsamt zu Rede war ein Gehändnis wirtschaftlichen, finanziellen und geistlichen Bankrottes, und das ist auch der Kontext des Kapitalismus. Seine Kampfbereitschaft ist sich geltend gegen die Arbeiterklasse. Eine neue Monarchie gegenüber müde alle Arbeit, selbst ein entgegen. Die Führung der Arbeiter hat die Verbrechen des Kapitalismus gefördert, die Sabotage der Unternehmer durch Stilllegung der Betriebe, Forderung, Korruption und Krieg waren die Folge. Sparen könnte man bei den Abwindstellen und beim Etat des Reichspräsidenten, der überflüssig ist und für die Arbeiterklasse verurteilt werden sollte. Die Antikontinental-Herforderung des Staatsbankrotts befehligen. Die Einkommens- und Vermögenssteuer hilft auch nicht. Nur ein Mittel gibt es: Die Produktion muß auf eine andere Grundlage gestellt werden. Ihre Sozialreform muß einleiten. Die Stilllegung der Schächel ist nur der Auftakt zu einem planmäßigen Kampf gegen die Sozialreform. Wir können das Recht des Herrn Stresemann ab. Die Sozialreform muß durch Arbeiter und Anwälte erfolgen. Die Arbeiterklasse hätte den deutschen Militarismus nicht nur die Abkündigung, sondern auch den Degen abnehmen und selbst in die Hand nehmen sollen, denn wäre der Militarismus totgeschlagen worden. Die Wirtschaftsozialisten hatten aber den Militarismus wieder auf die Beine geholt. Er frage, welche Waffen abgeliefert hätten und Milliarden koste uns der totgeschlagene Militarismus. Künftig, Rohstoffe, Sicherheit und wie sie alle heißen, stürzten uns nicht nur in internationale Konflikte, sie wollten auch die verlorne Hohenzollernherlichkeit wieder herstellen. So seien auch die Uebertritte nach Estland zu verstehen. Die Zahl der Uebergetretenen soll entgegen den amtlichen Feststellungen sich auf 40 000 bis 50 000 belaufen. Dazu kämen Anknüpfungen von Abwanderungen mit den Einwohnerzahlen von Estland, denen selbst aus Berlin Gerüchte zur Verfügung gestellt worden seien. Eine genaue Anzahl von Worten sei bereits fest gestellt worden. Hierüber verlange er Aufklärung. Ebenso wie es mit dem General Wangel stehe. Von ihm seien angeblich Abgehende hier, um Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Er frage, wie es mit dem republikanischen Führerstand stehe. Die Autonomie für Oberlothringen sei für seine Part eine Prinzipienfrage. Sie verlange Aufhebung des bundesstaatlichen Charakters Deutschlands auf dynastischer Grundlage und Neueinteilung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Minister Hermes Ernährungsminister bediene das größte Mißtrauen. Die Zwangsarbeit sei nur ein bescheidenes Mittel, der Volksernährung zu helfen. Von dem, was man den Ruhrbergern erwidern an Lebensmitteln verprochen habe, seien bisher nur drei Pfund fertig gekommen. Wir verlangen Trennung von Staat und Kirche und Verwirklichung der Schule. Eine Zusammenregierung mit der Bürgerpartei hat sich als unmöglich erwiesen. Das Reichsamt habe nicht abgewirtschaftet. Wenn das Reich über die Arbeiterpartei zwingt, durch ein Meer von Blut zur Erfüllung ihrer Wünsche zu schreiten, so sei das nicht Ehre der Arbeiter.

Dr. Heim (Bayr. Sp.) meint, es sei immer gut, wenn in dieser Weise dem deutschen Volk ein Inneres auf die Wand gemalt würde. Allerdings müßte die Art und Weise, wie die Völker Europas sich mit einander verhalten. Europa zum Ruin führen. Frankreich sei überall in der Welt verhandelt, Vorkriegsdespotten. Ebenfalls die neuen Ästlichen Vorkriegsdespotten ist durch Arbeit reich geworden. Rechner behauptet die Behauptung nicht, daß wir können uns nur erhalten, wenn es unser Nachbarn gut geht. Aber wir legen die Sozialisten der Entente ebenfalls auf die unsere Sozialisten so große Forderungen. Was wir bereits geleistet haben, ist im Auslande nicht bekannt. Hier müßte ein Propagandabureau errichtet werden, das in allen Sprachen der Welt hierüber Aufklärung gebe. Finanzstelle Süd aus dem Auslande bedeute für uns nur neuen Notendruck. Sie habe keinen Zweck. Wir müßten uns auf eigene Beine stellen und uns nicht auf Experimente einlassen. Die Diskontinuitätsforderung sei ebenso unzureichend wie der Friedensvertrag. Rechner verlangt eine Bewährungs- und Berufsprüfung, um endlich eine feste Grundlage für den Wiederaufbau zu erlangen. Den Arbeitern müßte ein gleichwertiges Nebenkommen gesichert werden. Kapital- und Gemeinbeiträge der Arbeiter lehne er ab. Er schloß mit einem Protest gegen die Angriffe Crippiens auf die katholische Kirche.

Nach einer Reihe von Abkündigungslücken und persönlichen Bemerkungen verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr.
Schluß 12 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

171. Sitzung. Freitag, 29. Oktober.
Die zweite Lesung der Verfassung wird fortgesetzt.

Der von den Deutschnationalen beantragte Zusatz zu § 1, die Landesarbeiten sind inwärtswirtschaft, wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien und mit dieser Wenderung der § 1 gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Damit ist zugleich Artikel 1 (der Satz) erledigt.

Der zweite Zusatz (der Satz) lautet: Der Reichstag hat nach § 4 die Gewaltenteilung des Volkes. Ein Antrag des Unabhängigen Landesparlamentes, daß Träger der Staatsgewalt die Gewaltenteilung des Volkes sein soll, wird abgelehnt.

Nach § 4 wird die Ausübung des Staatsrechts für die Soldaten während der Dauer ihrer Ausübung zur Wehrmacht. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung dieser in das Wahlgesetz geordneten Vorschriften wird von Dögg (U.S.) unterstützt.

Der Oberhof (Str.) nimmt für die Ausschließung, behält sich aber die eventuelle Entscheidung seiner Partei für die nächsten Tage vor. Nach weiterer Debatte wird die Ausschließung angenommen.

Nach § 4 ist das Staatsministerium die oberste vollziehende und leitende Behörde des Staates. Dr. v. v. v. (D. N.) beantragt an Stelle dieser Bestimmung Vorschläge über die Funktionen des Staatspräsidenten zu setzen, der für große Staaten unzureichend sei.

Dr. Leidia (D. Vot.) empfiehlt einen gleichartigen Antrag seiner Partei. Die Anträge werden gegen die Rechte abgelehnt. Es bleibt also die Ausschließung. Die Ballung des § 4 (Ausübung der Rechte) wird unanständig, nur dem Gegeben unterworfen (Reiter) wird nach den Ausschließungen aufreht erhalten.

Abg. Dr. 3 handelt vom Landtag. Die Sitzungsperiode dauert vier Jahre. Die Wähler müssen mindestens 20, Gemählte 25 Jahre alt sein. Die Wahlprüfung erfolgt durch ein Wahlprüfungsausschuss, der aus drei Abgeordneten und zwei Demokratischen-Vollständigen. Ein Antrag der Sozialdemokratie auf das Wahlverfahren auf 20 Jahre herabzusetzen, wird abgelehnt. Die Bestimmung, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter in Ausübung ihrer Amtspflichten keine Urlaubeszeiten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 handelt vom Staatsrecht. Der Grundbesitz § 24 bestimmt, zur Vertretung der Provinz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staates wird ein Staatsrat gebildet.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

Abg. Dr. 3 (D. N.) will den Staatsrat nicht nur die Vertretung der Provinzen, sondern auch die Vertretung der Reichsgemeinschaft auf Grund der Reichsgesetzgebung zustehen. Rechte durch diese Bestimmung unzureichend bleiben. — Ingenommen wird ein Antrag Leidia (D. Vot.), wonach die beiden Oberverwaltungsinstanzen nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten zum Staatsparlament fordern, unanständig, nur dem Wahlprüfungsausschuss zu stellen ist.

